



Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

8. Sitzung (öffentlich)

18. März 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Bärbel Beuermann (LINKE)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz
2011)** **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1000

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und
Alter

Beilage 2

In Verbindung mit:

**Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des
Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das
Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1300

Bericht der Landesregierung

- Diskussion

**2 Geteilte Macht – Geschlechterausgewogenheit in den
Aufsichtsgremien signifikant stärken! 10**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/472

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ab.

3 Mehr Gesundheit für Jungen und Männer! 12

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1197

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss vereinbart, die Beratung über den Antrag bis nach dem Expertengespräch, das SPD und Grüne im federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration beantragen wollen, zu verschieben.

**4 „Burn-out-Syndrom“ entgegenwirken – insbesondere Frauen und
Mütter mit Mehrfachbelastungen unterstützen 16**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1193

- Diskussion

5 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt 18

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1196

Der Ausschuss beschließt, ein Expertengespräch zum
Antrag durchzuführen.

**6 Anreize für weibliche Führungskräfte schaffen: Landespreis
„Managerin des Jahres“ schaffen 20**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1192

In Verbindung mit:

**Paritätische Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft
gesetzlich regeln**

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1238

- Diskussion

**7 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft
mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht 29**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1269

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der
Landesregierung mit den Stimmen von SPD, Grünen und
Linken ohne Gegenstimmen bei Enthaltung der Fraktionen
von CDU und FDP an.

8 Verschiedenes 31

7 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1269

Vorsitzende Bärbel Beuermann informiert, das Plenum habe am 23. Februar 2011 den Gesetzentwurf der Landesregierung zur federführenden Befassung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Diesem Ausschuss obliege die Mitberatung.

Der Vorsitzende des federführenden Ausschusses, Herr Kollege Palmen, habe sie gestern darüber informiert, dass der Haushalts- und Finanzausschuss bereits abschließend beraten habe. Gleichwohl werde ein Votum dieses Ausschusses noch in der Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung im Plenum Berücksichtigung finden können.

Diese Informationen habe sie gestern unverzüglich per Mail an die Obleute der Fraktionen weitergeleitet.

Sollten die Ausschussmitglieder mit diesem Verfahren konform gehen, könne der Ausschuss sein Votum an den federführenden Ausschuss aus dieser Sitzung heraus übermitteln.

Wolfgang Exler (CDU) kündigt wegen der Rückwirkungspflicht die Enthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung an.

Angela Freimuth (FDP) äußert, die FDP werde sich ebenfalls der Stimme enthalten. Denn sie teile die Zielsetzung des Gesetzentwurfs ausdrücklich. Auch ihr persönlich sei das ein Anliegen. Die Bedenken ihrer Fraktion hinsichtlich der Wirkungen auf den Haushalt habe sie in dieser Woche aber auch bereits im Haushalts- und Finanzausschuss und im Unterausschuss Personal dargelegt.

Josefine Paul (GRÜNE) findet es sehr gut, dass der Inhalt des Gesetzentwurfs offensichtlich eine breite Mehrheit finde.

In der Tat bestehe hinsichtlich der Rückwirkungen noch Klärungsbedarf. Es habe richterliche Entscheidungen für Hessen gegeben. Hessen habe nicht bis 2003 zurückdatiert. Das Datum 2003 beziehe sich ja auf die Richtlinie, weil sich Deutschland verpflichtet habe, diese Richtlinie umzusetzen. In Hessen sei entschieden worden, dass das nicht rechtskonform sei. NRW habe den aus ihrer Sicht richtigen Weg eingeschlagen, indem man auf das Datum 2003 zurückgehe. Das sei sehr gut begründbar. Das sei ihres Erachtens auch gerichtsfest. Hamburg sei sogar bis 2001 zurückgegangen. Das sei begrüßenswert, aber wahrscheinlich aus rechtlicher Sicht nicht notwendig. Dementsprechend meine sie, dass NRW die optimale Lösung gefunden habe.

Der **Ausschuss** nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken ohne Gegenstimmen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP an.